



Nadja Sthamer
Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

11. März 2022

Wir erleben bereits jetzt eine Zunahme von Hungersnöten”

Nadja Sthamer, Leipziger SPD-Bundestagsabgeordnete äußert sich zu den steigenden Weizenpreisen in Verbindung mit Putins Angriffskrieg auf die Ukraine

Seit der völkerrechtswidrigen Invasion in der Ukraine ist der Preis für Weizen am Getreidemarkt im Schnitt um 15 Prozent pro Woche gestiegen. Somit kostet eine Tonne Weizen derzeit ca. 350 Euro. Seit letztem Jahr hat sich der Preis am Weltmarkt sogar verdoppelt. **Nadja Sthamer**, Bundestagsabgeordnete für den Leipziger Süden und Mitglied im Ausschuss für humanitäre Hilfe sowie im Ausschuss für Entwicklungszusammenarbeit, führt dazu aus: “Russland und die Ukraine sind für etwa ein Drittel der weltweiten Weizenlieferungen verantwortlich. Die notwendigen Sanktionen gegen Russland sowie die Kriegssituation in der Ukraine lassen derzeit keinen geordneten Getreidehandel mehr zu. Auch ist die am Boden liegende Agrarwirtschaft der Ukraine aktuell damit befasst, kaputtes und liegengeliebenes russisches Kriegsgerät mit Traktoren von den Äckern zu entfernen.”

Der globale Süden ächzt bereits jetzt unter der enormen Preiszunahme. In Krisenregionen wie Jemen oder Syrien verschlimmert sich die humanitäre Lage zunehmend. “50 Prozent der humanitären Notversorgung mit Weizen aus dem Welternährungsprogramm (World Food Programme) stammen aus der Ukraine. Diese Lieferungen sind aufgrund der Kriegssituation nicht abrufbar. Neue Hungersnöte und Vertreibung werden die Folgen sein. Deutschland könnte einen Teil der Weizenlieferungen kompensieren. Die Mehrkosten müssen sich jedoch in der finanziellen Ausstattung der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe widerspiegeln. Wenn Deutschland die starke internationale Partnerin sein will, dann gilt es jetzt Sicherheitspolitik gemeinsam mit humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit zu denken.” führt **Sthamer** aus.

Auch in Deutschland wird der gestiegene Getreidepreis spürbar werden. “Mühlen, Bäckereien und weitere produzierende Betriebe sehen sich auch hier dem steigenden Preisen ausgesetzt. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die Lebensmittelpreise auch hier nicht zur Armutsfalle werden.” so **Sthamer** abschließend.

Hintergrund

Im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung ist vereinbart, dass 0,7 % des Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit aufgewendet werden sollen. Vor dem Hintergrund der jüngsten Beschlüsse im Bundestag zu massiven Mehrinvestitionen in die Bundeswehr setzt sich Nadja Sthamer für eine gleichzeitige Zunahme der Mittel im Bereich der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit ein. Da nur so kann eine nachhaltige Friedenssicherung erfolgen kann.

Koalitionsvertrag. Seite 150 Kapitel “Entwicklungszusammenarbeit”

https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf

Pressemitteilung